

FDP Fraktion Bornheim Servatiusweg 19-23 53332 Bornheim

Herrn
Ewald Keils
Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses
Rathausstraße 2
53332 Bornheim

Sehr geehrter Herr Keils,

Bornheim, 30. Januar 2018

hiermit stellen wir gemäß §19 (1) GeschO die folgende große Anfrage für die kommende Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Alexander Schüller
Fraktionsgeschäftsführer

FDP Fraktion Bornheim
Servatiusweg 19-23
Haus C 2. OG
53332 Bornheim

fraktion@fdp-bornheim.de
www.fdp-bornheim.de

T: 0 22 22 99 01 01
F: 0 22 22 99 44 52

Anfrage zu Homo- & Trans*Feindlichkeit unter jungen Menschen sowie der Situation von LSBT* Jugendlichen in Jugendhilfe & Jugendarbeit

Im Jugendamtsbezirk der Stadt Bornheim gibt es laut Bevölkerungsstatistik der Stadt Bornheim zum 31.12.2015 4.673 Jugendlichen im Alter von 18 bis einschließlich 25 Jahren abrufbar:http://www.bornheim.de/fileadmin/pdf/rathaus/Zahlen_Daten_Fakten/Daten_und_Zahlen_auf_einem_Blick_2016_PDF.pdf. Ausgehend davon, dass mindestens 3-8% der Menschen schwul bzw. lesbisch sind, leben in Jugendamtsbezirk der Stadt Bornheim zwischen 140 (3 %) und 374 (8 %) junge Lesben und Schwule. Hinzu kommen bisexuelle und trans* Jugendliche, die ähnlichen Lebens- und Belastungssituationen ausgesetzt sind.

Junge LSBTI* (Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*Personen) müssen sich stärker als heterosexuelle Jugendliche mit dem Widerspruch zwischen eigenen Gefühlen und gesellschaftlichen Normen auseinandersetzen. Sie leiden vielfach unter Vorurteilen und Ablehnung, die häufig von der gleichaltrigen Gruppe ausgeht. Isolation, Ausgrenzung, Ablehnung, Einsamkeit, Essstörungen, erhöhte Suizidgefahr, Störungen im Sozialverhalten und ein vermindertes Selbstwertgefühl sind mögliche und wissenschaftlich belegte Folgen. Zum Abbau von Benachteiligungen und Förderung ihrer Entwicklung sind der Abbau von Vorurteilen und eine professionelle Unterstützung der jungen Menschen notwendig.

Weil junge LSBTI* – aus nachvollziehbarer Angst vor Ausgrenzung und Diskriminierung – häufig Orte, an denen sie auf andere Jugendliche treffen meiden und/oder ihre sexuelle Orientierung bzw. geschlechtliche Identität verbergen, werden diese Jugendlichen in Jugendhilfe und Jugendarbeit selten sichtbar. Die besonderen Lebenslagen und Bedarfe sind daher selten Thema der politischen und fachlichen Betrachtung.

Bereits im Jahr 2003 stellte die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter fest: „Sexuelle Orientierung ist ein relevantes Thema der Jugendhilfe“. Gemäß § 1 (3) SGB VIII ist die Jugendhilfe verpflichtet, junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern und dazu beizutragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen. § 4 des dritten Ausführungsgesetzes KJHG NRW konkretisiert: Träger der öffentlichen & freien Jugendhilfe sollen „bei der Ausgestaltung von Angeboten (...) unterschiedliche Lebensentwürfe, sexuelle Orientierungen und geschlechtliche Identitäten als gleichberechtigt anerkennen.“ Die Jugendhilfe ist damit auch aufgefordert, den Themen sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität von jungen Menschen und ihren Eltern als einen wichtigen Aspekt in ihren Angeboten und Maßnahmen aufzugreifen.

In einigen Jugendamtsbezirken haben sich spezielle Angebote der Jugendarbeit und Beratung für nicht-heterosexuelle Jugendliche entwickelt. Gefördert durch das Land NRW unterstützt die Fachberatungsstelle „gerne anders!“ Kommunen und freie Träger der Jugendhilfe sowie Fachkräfte und Einrichtungen darin, Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans*Personen verstärkt als Zielgruppe der Jugendhilfe / Jugendarbeit in den Blick zu nehmen, bedarfsgerechte Angebote für sie zu gestalten, Zugangsbarrieren bei bestehenden Angeboten abzubauen und Maßnahmen zum Abbau gegen Heterosexismus bzw. Homo- und Trans*Feindlichkeit zu ergreifen.

Wir halten es für notwendig, uns auch politisch mit der Lebenssituation von nicht-heterosexuellen Jugendlichen zu beschäftigen und bitten Verwaltung des Jugendamtes um Auskunft zu den folgenden Fragen in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses:

1. Besteht ein Kontakt zur NRW- Fachberatung „gerne anders!“? Wurden im Jugendamtsbezirk Sensibilisierungs- oder Fortbildungsveranstaltungen durchgeführt?

2. Gibt es im Jugendamt oder bei freien Trägern Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner, die sich speziell mit sexuellen Vorurteilen (Homo- und Trans*Feindlichkeit bzw. Heterosexismus) sowie den besonderen Lebenssituation von nichtheterosexuellen Jugendlichen beschäftigt haben?

3. Welche speziellen (Unterstützungs-)Angebote gibt es im Jugendamtsbezirk für nicht-heterosexuelle Jugendliche und deren Familien? Wie kann deren Bestand gesichert werden?

4. Liegen in den Jugendeinrichtungen im Jugendamtsbezirk Informationsmaterialien zu gleichgeschlechtlichen Lebensformen und besonderen Angeboten für nicht-heterosexuelle Jugendliche aus? Können die Fachkräfte betroffenen Jugendlichen weiterhelfen, etwa mit Kontaktdaten von Beratungsstellen, Internetadressen, etc.?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörn Freynick und Fraktion.